

DEBATTE

## Bundestag berät über den Ausbau der Rheintalbahnhof

**Der Protest gegen die Planung der Rheintalbahnhof führt im Bundestag zu einem Bieterwettbewerb: Gleich acht Anträge der fünf Fraktionen stehen zur Beratung an. Doch Regierung und Opposition streiten wegen Nebensätzen.**



Protest gegen den geplanten Ausbau der Rheintalbahnhof. Foto: dpa

FREIBURG. Die Debatte um den Ausbau der Rheintalbahnhof wird in der kommenden Woche den Bundestag intensiv beschäftigen. Gleich [acht Anträge](#) der fünf Fraktionen des Bundestags stehen dann zur Beratung an. In Teilen gleichen sich die Anträge inhaltlich, was aber nicht heißt, dass es zu einem großen, gemeinsamen Antrag kommt.

Einen "anwohnerfreundlichen Ausbau der Rheintalbahnhof" beantragen die Regierungsfaktionen von CDU und FDP; die SPD einen "Ausbau der Rheintalbahnhof als Modell für Bürgernähe, Lärm- und Landschaftsschutz"; "Akzeptanzprobleme bei der Rheintalbahnhof durch offene Planung beseitigen", verlangen die Linken; die Grünen bringen zwei Anträge: "Rheintalbahnhof – Modellprojekt für anwohnerfreundlichen Schienenbau" und "Bürgerfreundlichen Ausbau der Rheintalbahnhof auf der Basis des Prognosehorizontes 2025 planen" ein. Weitere Anträge, die sich mit Details der Planung befassen, kommen hinzu.

### Planungen der Bahn sollen überarbeitet werden

Ziel der Koalitionsfraktionen ist es, "die Trassenführung so zu gestalten, dass Menschen und Umwelt so wenig wie möglich belastet werden". Ähnlich klingt es bei den Grünen: "Die DB AG kann bei den Planungen nicht länger die unternehmerischen Belange stärker gewichten als die entgegenstehenden Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner." Und diese Pläne dürften nicht im Widerspruch stehen zu den Umgebungslärmrichtlinien der

EU. Die SPD verlangt, "die in der alternativen Trassenführung Baden 21 zusammengefassten Forderungen der Kommunen und Bürgerinitiativen als Grundlage für die Überprüfung der bisherigen Planung zu nutzen, um einen menschenverträglichen und zukunftsfähigen Ausbau der Rheintalbahn sicherzustellen".

Die Anträge zielen alle in die gleiche Richtung, nämlich die bisherige Planung der Bahn zu überarbeiten. Sie sind zu unterschiedlichen Zeitpunkten verfasst und hinken daher zum Teil hinter der jüngeren Diskussion her. So sind die Ergebnisse der Projektbeiratssitzung vom 8. Februar, in der die Untersuchung der Tunnelvariante für Offenburg vereinbart wurde, teilweise noch nicht berücksichtigt. Zudem sind die Anträge unterschiedlich detailliert. So verlangen die Anträge von CDU und FDP wie auch jene der Grünen und der FDP, das Rheintal zu einer Modellregion zu machen für einen bürgerfreundlichen Bahnausbau. Hier sollten vorzeitig zum Beispiel lärmabhängige Trassenpreise eingeführt und moderne, leisere Wagen eingesetzt werden; insbesondere soll die Bahn den Neubau ohne den sogenannten Schienenbonus planen. Nicht gleichlautend, aber im Ergebnis.

**"Wir wollen versuchen,  
den Schulterschluss in der  
Region zu schaffen",**

Kerstin Andreae

Nach den Gepflogenheiten des Parlaments ist zu erwarten, dass die Fraktionen jeweils unabhängig von inhaltlichen Übereinstimmungen ihrem eigenen Antrag zustimmen und den der Gegenseite ablehnen. Um die Chancen für die Region langfristig zu sichern, gibt es inzwischen Bestrebungen, aus den separaten Anträgen einen Gemeinsamen zu machen. "Wir wollen versuchen,

den Schulterschluss in der Region zu schaffen", sagte die Grünen-Abgeordnete Kerstin Andreae der Badischen Zeitung.

Sie und ihr Kollege Alexander Bonde aus Emmendingen haben in der Grünen-Fraktion dafür geworben, den eigenen Antrag zurückzustellen und dem der Koalitionsfraktionen zuzustimmen. Aber unter mit zwei Bedingungen: Laut Koalitionsantrag haben Baden 21 und Stuttgart 21 nichts miteinander zu tun. Auf diesen Satz solle die Union verzichten, fordert Andreae.

## Hängen Stuttgart 21 und Baden 21 zusammen? Eine Streitfrage

"Mir muss man nicht erklären, dass ein Schulterschluss für die Region eine gute Idee wäre", sagte Wolfgang Schuster, CDU-Abgeordneter aus Weil am Rhein, der die Rheintalbahn zu seinem wichtigsten Arbeitsfeld gemacht hat. Aber nicht in der vorgeschlagenen Version. Man solle Baden 21 und Stuttgart 21 nicht vermengen, die beiden Projekte hätten nichts miteinander zu tun, betont Schuster.

Wer in Stuttgart Milliarden ausbebe, dem fehle das Geld an anderer Stelle, insofern hingen die beiden Vorhaben zusammen, beharrt Andreae. Wer etwas für die Region erreichen wolle, der solle ein breites Bündnis suchen, das auch über den nächsten Wahltermin stehe. Der Vorschlag komme spät, sagt Schuster, und wenn man eine solche Zusammenarbeit wolle, müsse man sie auch anbahnen und nicht nur öffentlich einfordern.

Inhaltliche Abweichungen gibt es neben dem Verweis auf Stuttgart 21 vor allem in der Frage, wann der Schienenbonus abgeschafft werden soll. Die Bezirksvorstände von FDP und CDU in Südbaden verlangen seine sofortige Abschaffung und erwarten von der Bundesregierung bis 30. Juni einen entsprechenden Gesetzentwurf. In ihren Parteien

mussten sie aber jeweils Kompromisse eingehen.

Im Antrag im Bundestag heißt es nun, die Regierung solle ein Gesetz so frühzeitig vorlegen, dass die neuen Vorgaben in alle Planungen von 2012 an und in den neuen Bundesverkehrswegeplan einfließen können. Damit wäre aber die Rheintalbahn nicht mehr berücksichtigt und der Bund aus der Finanzierungspflicht entlassen. Die Grünen fordern, nicht erst auf ein neues Gesetz zu warten, sondern den Schienenbonus für die Modellregion Rheintal vorzeitig abzuschaffen. Das deckt sich exakt mit dem, was auch die SPD im Bundestag will.

Bleibt es beim jetzigen Stand, werden kommende Woche die Abgeordneten aus der Region jeweils gegen Anträge stimmen, denen sie zum überwiegenden Teil eigentlich zustimmen.

**Mehr zum Thema:**

**Dossier:** [Alle Texte und Informationen zum Ausbau der Rheintalstrecke](#)

**Beratung im Bundestag:** [Alle Anträge im Wortlaut](#)

Autor: Franz Schmider

WEITERE ARTIKEL: SÜDWEST

## Islamdebatte strahlt ins Land aus

Knapp drei Wochen vor der Landtagswahl ist zwischen CDU und Grünen in Baden-Württemberg ein Streit über die Bedeutung des Islam und der Muslime für die Gesellschaft entbrannt. **MEHR 5**

## Wenn die Eltern hinter Gittern sitzen

Das Land startet ein Modellprojekt, um die Kinder von Strafgefangenen aus der Mithaftung zu befreien / Jeder vierte Häftling hat Kinder. **MEHR**

## Das Waldshuter Rheinschloss wird wohl abgerissen

Was wird aus dem Rheinschloss über der Waldshuter Rheinhalde? Nach einem Architekten-Wettbewerb scheint klar: Ein Entwurf wird klar favorisiert – und das 110 Jahre alte Hochhaus wird wohl abgerissen. **MEHR 1**